

**STADTVERWALTUNG**  
**Präsidialabteilung**

Vorstadtplatz 2  
Postfach  
4242 Laufen

Tel: (+41) 061 766 33 33  
Fax: (+41) 061 766 33 39  
E-Mail: info@laufen-bl.ch  
www.laufen-bl.ch



**Protokoll der Gemeindeversammlung vom 19. Juni 2014,  
20.00 Uhr, im Regionalen Gymnasium Laufental-Thierstein,  
am Steinackerweg 7 in Laufen**

Vorsitz: Dieter Jermann, Vize-Präsident der Gemeindeversammlung  
Protokollführer: Walter Ziltener, Stadtverwalter

*Anmerkung des Protokollführers<sup>1</sup>.*

**Eingangsfeststellungen**

**Der Vorsitzende** heisst die Einwohnerinnen und Einwohner von Laufen und die Mitglieder des Stadtrates im Regionalen Gymnasium Laufental-Thierstein, willkommen. Begrüsst wird auch die Vertreter der Presse, Catherine Weyer (Basler Zeitung) Jürg Jeanloz (Basellandschaftliche Zeitung, Wochenblatt).

**Der Vorsitzende** stellt fest, dass die formellen Erfordernisse eingehalten wurden: die Einladung zur Versammlung ist reglementsconform nach § 1 Abs.1 des Organisationsreglements der Stadt Laufen einberufen und zwanzig Tage vorher publiziert worden. Es wird darauf hingewiesen, dass die Versammlung wie üblich auf Tonband aufgezeichnet wird, was seitens der Anwesenden nicht bestritten wird. Protokollführer ist wie üblich der Stadtverwalter.

Die nicht stimmberechtigten Personen werden gebeten, auf den speziell bezeichneten "Besucherplätzen" Platz zu nehmen, – die Vertretung der Presse ist hingegen vorne platziert.

Es sind insgesamt 147 Stimmberechtigte anwesend sowie 9 Gäste.

**Der Vorsitzende** fragt die Versammlung an, ob es Einwände gegen die Stimmberechtigung gibt, was nicht der Fall ist.

Als Stimmzähler werden vom **Vorsitzenden** zur Wahl vorgeschlagen:

Annette Neuenschwander  
Kurt Reber  
Niklas Schäublin  
Paul Aeschi

Die Wahl ist unbestritten.

**Der Vorsitzende** appelliert an die Versammlung, vor der Wortmeldung auf das Mikrofon zu warten.

---

<sup>1</sup>Die Eingangsfeststellungen und die nachfolgenden Referate, Wortmeldungen und Anträge zu den einzelnen Traktanden sind inhaltlich so kurz wie möglich gefasst. Die Präsentationen zu den einzelnen Referaten sind dem Protokoll als Anhang beigelegt.

**Der Vorsitzende** erklärt die Versammlung für offiziell eröffnet.

### **Protokoll der letzten Gemeindeversammlung vom 3. April 2014**

Das Protokoll der letzten Gemeindeversammlung lag bei der Stadtverwaltung öffentlich auf. **Der Vorsitzende** beantragt der Versammlung die Genehmigung des Gemeindeversammlungsprotokolls vom 3. April 2014. Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

#### Geschäftsliste

1. **Rechnung 2013**
2. **Pensionskasse; Besitzstandsregelung**
3. **Stedtlibibliothek; Leistungsvereinbarung**
4. **Umbau und Sanierung Amthauscheune, Baukredit CHF 2'680'000.00**
5. **Reglement über den Vollzug des kantonalen Sozialhilfegesetzes**
6. **Bestattungs- und Friedhofreglement: Änderung**
7. **GASAG; Erhöhung Aktienkapital**
8. **Weststrasse, Baukredit CHF 1'420'000.00**
9. **Anträge**
10. **Mitteilungen des Stadtrates**
11. **Verschiedenes**

**Der Vorsitzende** nimmt gemäss § 61 des Gemeindegesetzes die Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses vor, indem er die Versammlung nach allfälligen Änderungen oder Anträgen anfragt. Es wird keine Änderung gewünscht.

#### Traktandum 1

##### **Rechnung 2013**

**Stadtpräsident Alexander Imhof** beginnt seine Erläuterungen mit der funktionalen Gliederung. Im Vergleich zum Budget bestehen einige Abweichungen, mit Schwerpunkt im Finanzbereich. Durch die hohen Steuererträge 2012 reduzierte sich der ungebundene Finanzausgleich um rund CHF 1.65 Mio. auf noch rund CHF 30'000.00. Auf der Ertragsseite konnten wiederum, mit gesamthaft CHF 2.78 Mio., deutlich höhere Steuereinnahmen verbucht werden. Nebst der Funktion Finanzen und Steuern werden die grössten Budgetabweichungen bei der Bildung und beim Verkehr verzeichnet. Durch nicht vorhergesehene Stellvertretungskosten von Lehrkräften in allen Schulstufen weicht der Besoldungsaufwand um rund CHF 0.5 Mio. vom Budget ab. Der Betriebskostenanteil an die Kreisschule, inklusive Logopädie, ist um rund CHF 0.28 Mio. höher. Die betriebswirtschaftliche Zuteilung von Abschreibungen ergibt gegenüber dem Voranschlag eine Abweichung von CHF 0.4 Mio.

Die Gemeindeversammlung genehmigte die Auflösung des Fonds Ortsbild. Der Jahresrechnung wurden dadurch CHF 0.2 Mio. gutgeschrieben. Zusätzliche Abschreibungen

konnten bei der Spezialfinanzierung Wasserversorgung in der Höhe von rund CHF 0.595 Mio. vorgenommen werden. Das Nettovermögen beträgt rund CHF 3.0 Mio.

Bei der Abwasserentsorgung beträgt das Nettovermögen rund CHF 1.89 Mio. und bei der Abfallentsorgung rund CHF 0.13 Mio.

Beim Personalaufwand bestehen folgende Abweichungen: CHF 0.5 Mio. bei der Lehrerbekleidung und CHF 0.1 Mio. Mehrkosten bei Lohnnebenkosten, CHF 0.1 Mio. Wegkauf Leistungskürzungen Vorpensionierungen. Beim Sachaufwand wurden CHF 0.2 Mio. zu wenig budgetiert an Wasser-, Abwasser- und Heizkosten. Dies betrifft vor allem die Schulliegenschaften. Es fehlen noch die Erfahrungswerte um ein genaueres Budget zu erstellen. Die Entschädigungen an Gemeinwesen haben Mehrkosten von rund CHF 0.1 Mio. verursacht durch höhere Betriebskostenanteile an KESB, Stützpunktfeuerwehr und Schulgelder an andere Gemeinden. Der Betriebskostenanteil an die Kreisschule und die Logopädie sind rund CHF 0.3 Mio. höher und der Anteil an Pflegekosten Gesundheitswesen ist rund CHF 0.08 Mio. höher. Gegenüber dem Budget besteht ein Mehraufwand an vormundschaftlichen Leistungen von CHF 0.16 Mio. Diese Kosten können nicht beeinflussen werden.

Bei den Steuereinnahmen schlägt ein Mehrertrag von rund CHF 2.78 Mio., CHF 0.12 Mio. an Steuern 2013 bei den natürlichen Personen zu Buche, CHF 0.82 Mio. Vorjahressteuern natürliche Personen, CHF 0.35 Mio. Steuern 2013 juristische Personen, CHF 1.49 Mio. Vorjahressteuern juristische Personen. Das ist sehr erfreulich und zeigt, dass die Stadt auf dem richtigen Weg ist. Der Finanzausgleich ist in der Folge weggefallen. Die durchschnittliche Steuerkraft in Laufen hat beinahe den kantonalen mittleren Steuerertrag erreicht.

Stadtpräsident Alexander Imhof erläutert anhand der Folienpräsentation die Nachtragskredite der KESB für vormundschaftliche Leistungen, bei den Löhnen für Lehrkräfte, für die Kostenanteile Kreisschule und Logopädie sowie für Rentenleistungen, Pflegeleistungen und Sozialhilfeleistungen. Diese können kaum beeinflusst werden.

Die Investitionsrechnung zeigt, dass weniger investiert wurde als budgetiert. Geplant war eine Bruttoinvestitionssumme von CHF 9.105 Mio., effektiv wurden diese zu 82 % ausgelöst. Durch die rege Bautätigkeit konnte wesentlich mehr an Investitionseinnahmen sowie an Wasser- und Kanalisationsanschlussbeiträgen eingefordert werden.

Die Jahresrechnung 2013 weist einen Aufwandüberschuss von CHF 199'719.79 aus. Budgetiert war ein Ertrag in der Höhe von CHF 91'181.00. Stadtpräsident Alexander Imhof ist zufrieden mit dem Jahresabschluss, vor allem mit der Entwicklung. Wir werden in der Zukunft einige Herausforderungen haben, Stichwort Pensionskasse. Auf der Ertragsseite sind wir jedoch auf einem guten Weg. Wir haben uns beim Steuerertrag dem kantonalen Mittel angenähert bzw. wir sind im kantonalen Mittel, das erste Mal seit wir beim Kanton Basel-Landschaft sind. Das kann als gutes Ergebnis bezeichnet werden. Er bittet dem Antrag des Stadtrates zuzustimmen.

**Der Vorsitzende** stellt fest, dass Eintreten nicht bestritten wird.

**Franz Woodtli** bittet den Stadtpräsidenten, die Ausfälle bei den Lehrkräften zu erklären.

**Stadtpräsident Alexander Imhof:** Ich kann das nicht erklären. Soweit er wisse gab es Krankheitsausfälle und eine Schwangerschaft.

**Roland Roth:** Was ist der Grund für die Zunahme der Steuereinnahmen?

**Stadtpräsident Alexander Imhof:** Das ist nicht einfach zu erklären. Die juristischen Personen hatten offenbar eine gute Wirtschaftslage und entsprechende Erträge. Bei den natürlichen Personen gab es in den vergangenen Jahren einen Stau bei den Veranlagungen und die Bevölkerung hat zuletzt um 1% pro Jahr zugenommen. Im Detail können wir es nicht sagen, da wir die Veranlagung nicht selber machen.

**Der Vorsitzende** schliesst die Diskussion. Er kommt zur Abstimmung. Der Stadtrat stellt folgende Anträge:

**Die Jahresrechnung 2013 mit einem Aufwandüberschuss von CHF 199'719.79 zu Lasten des Eigenkapitals wird genehmigt.**

**Die Investitionsrechnung wird genehmigt**

Wer den Anträgen des Stadtrates zustimmen will, soll das durch Handerheben bezeugen.

**Der Vorsitzende** stellt fest, dass die Anträge des Stadtrates einstimmig angenommen worden sind.

## **Traktandum 2**

### **Pensionskasse; Besitzstandsregelung**

**Stadtpräsident Alexander Imhof:** Für die zukünftige Vorsorge beabsichtige Laufen, die Lösung des Kantons zu übernehmen mit den gleichen Leistungen und den gleichen Kosten. Es gibt den Wechsel vom Leistungsprimat ins Beitragsprimat. Es werde ein Vorsorgeplan gewählt mit Sparen 60% und Risiko 60%. Die Beiträge werden zu 55% von der Stadt und 45% von den Mitarbeitenden getragen. Bisher haben die Arbeitnehmer 40% bezahlt. Diese Lösung hat der Kanton mit den Personalverbänden ausgehandelt. Bei diesem Model möchten wir mitmachen. Wir hätten einen besseren oder einen schlechteren Vorsorgeplan wählen können. Wir möchten jedoch die gleiche Lösung wie der Kanton, wie wir es schon beim Personalreglement gemacht haben. Die Verwaltungsangestellten sollten nicht schlechter gestellt werden als die Lehrkräfte. So können wir konkurrenzfähig bleiben. Der Beitrag der Arbeitnehmer ist recht gross. Neu gilt Pensionsalter 65. Es gibt eine generelle Beitragserhöhung und es gibt eine Risikoverschiebung.

Wir haben keine Konkurrenzofferte erhalten. Wir denken, wir sind bei der Basellandschaftlichen Pensionskasse gut aufgehoben. Das Personal hat dieser Lösung zugestimmt.

Mit der Besitzstandsregelung soll verhindert werden, dass die altgedienten Mitarbeiter durch den Primatwechsel schlechter gestellt werden, analog wie der Kanton das macht. Das kostet gemäss den provisorischen Werten der BLPK CHF 204'000.00. Wir sind der Meinung das sei vertretbar im Verhältnis zu den Kosten für die Ausfinanzierung in der Höhe von CHF 5 Mio.

**Der Vorsitzende** stellt fest, dass Eintreten nicht bestritten wird.

**Georg Schnell:** Bewilligen wir mit der Zustimmung zu diesem Traktandum auch den Sanierungsbeitrag von CHF 5 Mio.?

**Stadtpräsident Alexander Imhof:** Nein, das ist eine gebundene Ausgabe.

**Georg Schnell:** Wann werden diese CHF 5 Mio. verbucht?

**Stadtpräsident Alexander Imhof:** Es wird dieses Jahr verbucht. Es muss auch dieses Jahr bezahlt werden.

**Georg Schnell:** Wie wird das verbucht?

**Stadtpräsident Alexander Imhof:** Das ist nicht so einfach. Der definitive Betrag ist auch noch nicht klar. Dieser liegt erst zum Beginn des nächsten Jahres vor, wenn das



Ergebnis der BLPK vorliegt. Kantonsweit wird der Betrag buchhalterisch mit den Aufwertungsreserven verrechnet. Das Geld muss jedoch aufgenommen werden.

**Georg Schnell:** Das man das mit Aufwertungsreserven verrechnet, dünkt mich eigenartig.

**Stadtpräsident Alexander Imhof:** Da muss man mit dem Kanton reden. Der Hintergrund ist wahrscheinlich, dass Gemeinden ohne Eigenkapital durch die Verrechnung mit Aufwertungsreserve nicht ins Minus kommen.

**Franz Woodtli:** Wie hoch ist der Zinssatz?

**Stadtpräsident Alexander Imhof:** Das wissen wir noch nicht.

**Der Vorsitzende** schliesst die Diskussion da keine weiteren Wortbegehren vorliegen. Er kommt zur Abstimmung. Der Stadtrat stellt folgende Anträge:

**1. Die Gemeindeversammlung nimmt Kenntnis von der zukünftigen Vorsorgelösung für die Gemeindeangestellten analog zu den kommunalen Lehrpersonen und den damit verbundenen Kosten und beauftragt den Stadtrat, diese Kosten im Budget zu berücksichtigen.**

**2. Die Kosten zur Finanzierung des Besitzstandes für die Gemeindeangestellten analog den Lehrpersonen werden bewilligt.**

Wer den Anträgen des Stadtrates zustimmen will, soll das durch Handerheben bezeugen.

**Der Vorsitzende** stellt fest, dass die Anträge des Stadtrates einstimmig angenommen worden sind.

### **Traktandum 3**

#### **Stedtlibibliothek; Leistungsvereinbarung**

**Stadtrat Patrik Stähli:** Eine Leistungsvereinbarung ist ein modernes Instrument, das wir anwenden wollen, aus aktuellem Anlass zuerst bei der Stedtlibibliothek. Die Leistungsvereinbarung regelt die Beziehung zwischen den Vertragspartnern, im vorliegenden Fall der Stedtlibibliothek Laufen (STEBI) und der Stadt Laufen.

Die Stedtlibibliothek Laufen wird nach den Richtlinien der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der allgemeinen öffentlichen Bibliotheken geführt. Sie stellt damit der Bevölkerung ein sinnvolles Bildungs- und Freizeitangebot zur Verfügung. Die Bibliothek ist allen Einwohnerinnen und Einwohnern gegen Entrichtung eines Mitgliederbeitrags frei zugänglich.

Die Stedtlibibliothek gewährleistet ein nach den Bedürfnissen der Bevölkerung ausgewähltes Angebot an Medien, wie Bücher, Zeitschriften, Bild- und Tonträger. Er sorgt für eine sorgfältige und fortlaufende Erneuerung des Bestandes entsprechend aktuellem Angebot. Sie führt Publikationen über die Stadt Laufen und das Laufental in Ausleihe und archiviert diese. Die Stedtlibibliothek Laufen ist mindestens 16 Stunden pro Woche geöffnet. Die Schülerinnen und Schüler der Laufner Schulen werden in die Nutzung der Bibliothek eingeführt.

Die STEBI strebt auch Leistungsvereinbarungen mit anderen Gemeinden im Einzugsgebiet an und strebt eine Kooperation mit anderen Leistungserbringern in seinem Einzugsgebiet an mit dem Ziel, vorhandene Synergiepotentiale zu nutzen.

Die Stadt Laufen zahlt eine Jahrespauschale in der Höhe von CHF 60'000.00, das ist wie bisher, und stellt unentgeltlich Räumlichkeiten zur Verfügung, auch wie bisher. Die Nebenkosten gehen neu zulasten der STEBI.

**Der Vorsitzende** stellt fest, dass Eintreten nicht bestritten wird.

**Fabian Binkert:** Das Geschäft hat auch zu tun mit Traktandum 4, Amthauscheune. Das Architekturbüro Jermann rechnet mit Mieteinnahmen von der Stedtlibibliothek in der Höhe von CHF 36'000.00. In der Leistungsvereinbarung steht, dass die Stadt die Räumlichkeiten unentgeltlich zur Verfügung stellt. Dahinter verstecken sich die CHF 36'000.00. Es werden immer weniger Bücher gelesen. Er hat seine Bibliothek zuhause auf dem E-Book-Reader. Er beantragt eine Budgetkürzung von CHF 36'000.00

**Der Vorsitzende** hält fest, dass keine Budgetdebatte stattfindet. Es kann allenfalls in der Leistungsvereinbarung eine Kürzung verlangt werden.

**Fabian Binkert:** Dann stelle ich den Antrag, den Betrag in der Leistungsvereinbarung um CHF 36'000.00 zu minimieren.

**Der Vorsitzende:** Stellen Sie den Antrag, den Beitrag in der Leistungsvereinbarung auf CHF 24'000.00 festzuhalten?

**Fabian Binkert:** Das ist korrekt.

**Elisabeth Lüdi:** Ich verstehe nicht, was Herr Binkert will. Wird das Haus der Bibliothek zur Verfügung gestellt und diese kann es ausmieten? Das habe ich nicht so verstanden. Das Haus gehört der Stadt und die Bibliothek darf die Räume, die sie braucht, gratis nutzen.

**Martin Tschan,** Präsident Verein Stedtlibibliothek: Die Situation ist so, dass wir einen Jahresbeitrag von CHF 60'000.00, bzw. CHF 59'600.00 erhalten haben und buchhalterisch CHF 36'000.00, die wieder an die Gemeinde gingen, so dass unter dem Strich CHF 60'000.00 bleiben. In der Leistungsvereinbarung sind die CHF 36'000.00 nicht mehr enthalten, dafür stellt die Stadt die Räumlichkeiten gratis zu Verfügung, welche das den auch sind. Wenn Sie den Antrag stellen den Beitrag um CHF 36'000.00 zu kürzen, bleiben noch CHF 24'000.00 und dann müssen wir die Bibliothek schliessen, es sei denn sie finden einen Sponsor.

Im Jahr 1984 hat die Ricola CHF 50'000.00 gespendet, mit der Auflage eine Bibliothek zu gründen. Dies wurde in der Form des Vereins gemacht. Sie ist also keine Institution der Gemeinde. Sie hat 15'000 Medien, Bücher, CD's, Hörbücher und und und. Wir haben 2'000 Mitglieder und pro Jahr 60'000.00 Ausleihen. Das Budget beträgt rund CHF 200'000.00 und wir schreiben eine schwarze Null.

Eine kulturelle Institution rentiert nicht, sie kann nicht rentieren, aber sie ist notwendig.

**Fabian Binkert:** Ich finde es sehr gut, dass die Stadt Laufen Kultur fördert, die Stedtlibibliothek fördert. Mein Antrag heisst nichts anderes, als dass die Stedtlibibliothek die CHF 36'000.00 bezahlt Es bleiben noch CHF 24'000.00. Ich finde das immer noch viel.

**Roland Mamie:** Zahlen andere Gemeinden auch, wenn ja welche? Das mit den Räumlichkeiten finde ich problematisch. Man könnte sich überlegen, CHF 90'000.00 zu bezahlen und die Stedtlibibliothek mietet die Räumlichkeiten, die sie benötigt gegen Bezahlung.

**Ralph Jordi:** Ich finde es gut, dass eine Leistungsvereinbarung gemacht wird. Wird diese jährlich überprüft?

**Stadtrat Patrik Stähli:** Das ist so. Wenn das mit der Amthausseune kommt, kann das ändern, z.B. muss man auch über das Angebot der STEBI reden.

**Martin Tschan:** Wir haben einen Vertrag mit den anderen Laufentaler Gemeinden. Diese zahlen CHF 30'000.00. Mit der Leistungsvereinbarung wird klar geregelt, was wir zu leisten haben. Im Debrunner-Haus zahlen wir eine Miete von CHF 36'000.00, die uns die Stadt vergütet und in der Rechnung direkt verrechnet.

**Der Vorsitzende** fragt Herrn Binkert, ob er am Antrag festhält.

**Fabian Binkert** hält an seinem Antrag fest.

**Stadtpräsident Alexander Imhof:** Die Leistungsvereinbarung geht für beide Situationen, jetzt für das Debrunner-Haus und später für die Amthausseune. Die Leistung der Stadt wird grösser, sie stellt eine grössere Fläche zu Verfügung, aber die Stedtlibibliothek erhält nicht mehr Geld. Sie erhält CHF 60'000.00.

**Der Vorsitzende** schliesst die Diskussion und kommt zur Abstimmung. Er lässt zuerst über den Antrag von Herrn Binkert abstimmen. Er stellt den Antrag, den Beitrag an den Verein Stedtlibibliothek auf CHF 24'000.00 zu kürzen.

Wer dem Antrag von Herrn Binkert zustimmen will, soll das durch Handerheben bezeugen.

**Der Vorsitzende** stellt fest, dass der Antrag von Herrn Binkert mit 1 Gegenstimme abgelehnt worden ist. Der Stadtrat stellt folgenden Antrag:

**Die Leistungsvereinbarung mit dem Verein Stedtlibibliothek Laufen wird genehmigt.**

Wer dem Antrag des Stadtrates zustimmen will, soll das durch Handerheben bezeugen.

**Der Vorsitzende** stellt fest, dass der Antrag des Stadtrates einstimmig angenommen worden ist.

#### **Traktandum 4**

##### **Umbau und Sanierung Amthausseune, Baukredit CHF 2'680'000.00**

**Stadträtin Lilli Kuonen Reber:** Die Amthausseune gehört zum Ensemble des Amtshauses. Der Haupteingang zum Stedtli hat Besseres verdient. Es wurde ein Quartierplan erarbeitet mit einem Kopfbau und 4 Stadthäusern. Die Baubewilligung liegt vor und Baubeginn ist im Herbst 2014. Wichtig ist die Verbindung zum Amthausparkplatz. Die Amthausseune sollte in ca. 2 Jahren saniert sein. Es wurde eine Nutzungsstudie erstellt. Es soll eine gemischte Nutzung geben. Hauptnutzer soll die Stedtlibibliothek sein. Aber es kann später auch eine andere kulturelle Nutzung sein. Daneben gibt es eine Wohnung und ein Geschäftslokal.

**Stadträtin Lilli Kuonen Reber** erläutert das Projekt anhand der Folien. Es ist ein Haus-in-Haus Konzept. Das Dach erhält neue Falzbiberziegel. Rückseitig werden ein Oberlicht und Glasziegelfelder eingebaut. Es gibt eine Gasheizung und eine Komfortlüftung. Der Fassadenputz wird neu, die Natursteinelemente werden repariert und gereinigt. Die Inneneinrichtung der STEBI, mit Kosten von CHF 320'000.00, wird von der Stedtlibibliothek finanziert und ist nicht Teil des Baukredits.

**Georg Schnell:** Gibt es eine Ertragsrechnung?

**Stadträtin Lilli Kuonen Reber:** Wir haben einen Ertrag von der Wohnung und vom Laden mit rund CHF 270/m<sup>2</sup>.

**Georg Schnell:** Damit sie eine Ertragsrechnung machen können, muss der Mietwert der Stedtlibibliothek quantifiziert werden.

**Stadtpräsident Alexander Imhof:** Der Kapitalisierungssatz liegt bei 5%, ohne Stedtlibibliothek bei ca. 2%. Bei einer Fremdvermietung könnte mit Einnahmen von etwa CHF 70'000.00 gerechnet werden.

**Christoph Holenstein:** Beim neuen Schulhaus hat es eine Holzschnitzelheizung. Warum hat es hier eine Gasheizung. Man rechnet, dass Gas pro Jahr ca. 2% teurer wird.

**Stadträtin Lilli Kuonen Reber:** Im Stedtli wurde nach dem Hochwasser oft auf Gas umgestellt. Eine Gasheizung braucht wenig Platz. Eine Holzschnitzelheizung benötigt sehr viel Platz. Diesen haben wir nicht. Eine Regelung für Sonnenenergie besteht nicht. Das Dach ist auch sehr dominant. Erdsonden sind sehr schwierig, aufgrund des Grundwassers. Eine Wärmepumpe mit Luft ist sehr laut.

**Martin Tschan:** Es ist grundsätzlicher Entscheid was man mit der Amthauscheune macht. Sie ist erhaltenswert. Es ist die Frage, wie man sie nutzt. Die Stedtlibibliothek zahlt den Einbau. Wenn zugestimmt wird, gewinnt der Eingang zum Stedtli. 420 m<sup>2</sup> kosten mehr als 180m<sup>2</sup>. Das Debrunner-Haus kann umgebaut und vermietet werden. Diese Mieteinnahmen könnten in etwa die Differenz bringen, so dass es unter dem Strich nicht mehr kostet.

**Franz Woodtli:** Es steht ausser Frage, dass man das Projekt realisieren muss. Der Laden, der in einer Ecke versteckt ist, hat keine Chance. Darüber würde ich mir noch Gedanken machen.

**Kurt Hirsch:** Gegen die Amthauscheune kann man sich nicht stellen. Die Stadt Laufen hat Land verkauft und 1,2 Mio. gelöst. Es wurde gesagt, das Geld werde für die Amthauscheune eingesetzt.

**Stadtpräsident Alexander Imhof:** Sie haben recht. Wir haben gesagt, wir wollen das Geld einsetzen für die Amthauscheune. Wir müssen aber den Bruttokredit verlangen. Wir haben eine Nutzungsstudie gemacht und uns überlegt, was wäre passend für die Amthauscheune, und sind auf die Stedtlibibliothek gekommen. Es ist nicht so, dass wir Räume für die Stedtlibibliothek gesucht haben. Wenn wir den Ertrag aus dem Verkauf des Landes einrechnen und die Mieteinnahmen aus dem Debrunner-Haus ist es kein finanzielles Abenteuer.

**Roland Roth:** Es ist schön, aber etwas teuer. Wo ist der Break Even? Wann rentiert das?

**Fabian Binkert:** Es ist eine Investition, die gemacht werden muss. Ich habe mir die Zahlen geben lassen und es durchgerechnet. Zu den Kosten kommen noch Verwaltungskosten, der Anstieg der Hypothekarzinsen etc. dazu. Es gibt keinen Break Even. Es ist ein Minusgeschäft. Man muss es als Investition anschauen wie die Eishalle oder das Schwimmbad.

**Brigitte Bos:** Wir entscheiden, ob wir vom Amthausparkplatz bis zum Debrunner-Haus eine neue Situation wollen. Die Amthauscheune wird nicht schöner mit den Jahren. Der heutige Zustand kostet auch. Bleibt die Bibliothek im Debrunner-Haus gibt es keine Mieteinnahmen. Wir entscheiden heute ob wir die Amthauscheune für die Nachwelt erhalten wollen. Das lohnt sich unter dem Strich.

**Guido Stähli:** Die beiden Häuser mit den Flachdächern passen nicht in die Altstadt.



**Stadträtin Lilli Kuonen Reber.** Das ist nicht das Thema. Im rechtskräftigen Quartierplan sind die Flachdächer vorgesehen. Die Denkmalpflege war mit den Flachdächern einverstanden, weil das Gebiet nie überbaut war.

**Der Vorsitzende** schliesst die Diskussion und kommt zur Abstimmung. Der Stadtrat stellt folgenden Antrag:

**Für den Umbau und die Sanierung der Amthauscheune wird ein Kredit von CHF 2'680'000.00 bewilligt.**

Wer dem Antrag des Stadtrates zustimmen will, soll das durch Handerheben bezeugen.

**Der Vorsitzende** stellt fest, dass der Antrag des Stadtrates mit mit grossen Mehr bei einigen Gegenstimmen angenommen worden ist.

## **Traktandum 5**

### **Reglement über den Vollzug des kantonalen Sozialhilfegesetzes**

**Stadtrat Linard Candreia:** Der Sozialdienst wurde reorganisiert und die Gemeindeversammlung hat den Statuten zugestimmt. Das wird jetzt umgesetzt. Das vorliegende Reglement ersetzt dasjenige vom 29. September 2009. Es ist ein formaler Akt. Der Unterschied zum alten Reglement sind zum Teil andere Ausdrücke, Kompetenzen und bessere Formulierungen. Nach der Zustimmung zum Reglement, kann der Stadtrat die Verordnung verabschieden.

**Der Vorsitzende** stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und das Wort nicht verlangt wird. Er kommt zur Abstimmung. Der Stadtrat stellt folgenden Antrag:

**Das Reglement über den Vollzug des kantonalen Sozialhilfegesetzes wird beschlossen.**

Wer dem Antrag des Stadtrates zustimmen will, soll das durch Handerheben bezeugen.

**Der Vorsitzende** stellt fest, dass der Antrag des Stadtrates einstimmig angenommen worden ist.

## **Traktandum 6**

### **Bestattungs- und Friedhofreglement; Änderung**

**Stadträtin Sabine Asprion Stöcklin:** Es gibt neu ein Sternenkindergabfeld, d.h. ein Gemeinschaftsgrab für tot geborene Kinder und Frühgeburten. Ebenfalls neu steht das Kinderreihengrab für Kinder bis zu 14 Jahren zur Verfügung, nicht nur wie vorher bis 10 Jahre. Messingplatten für Grabkreuze werden nur noch durch die Stadt bestellt. Im Anhang wurden die Masse für die Kindergrabmäler ergänzt. Dazu kommen verschiedene kleinere Anpassungen und Präzisierungen. Nach der Genehmigung durch die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion und der Inkraftsetzung ist die Einweihung des Sternenkindergabfelds im September 2014 vorgesehen.

**Der Vorsitzende** stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist und das Wort nicht verlangt wird. Er kommt zur Abstimmung. Der Stadtrat stellt folgenden Antrag:

**Die Änderungen des Bestattungs- und Friedhofreglements und des Anhangs werden beschlossen.**

Wer dem Antrag des Stadtrates zustimmen will, soll das durch Handerheben bezeugen.

**Der Vorsitzende** stellt fest, dass der Antrag des Stadtrates einstimmig angenommen worden ist.

## **Traktandum 7**

### **GASAG; Erhöhung Aktienkapital**

**Stadträtin Sabine Asprion Stöcklin:** Das Geschäft war schon einmal traktandiert und musste abgesetzt werden, weil eine Gemeinde nicht mitmachen wollte. Es sind Investitionen von CHF 830'000.00 in Laufen vorgesehen, die nicht vollumfänglich durch die Anschlussgebühr finanziert werden können. Der Kapitalbedarf beträgt CHF 300'000.00. Die Anteile verteilen sich auf 40% EBM und 60% Gemeinden. Der Anteil von Laufen beträgt 20 %, also CHF 65'000.00. Es sind auf dem Gebiet Laufen folgende Investitionen vorgesehen: Schützenweg, Feuerwehrmagazin bis Ried, Erweiterung Hohlgasse/Im Grossen Grien, Überbauung Delsbergerstrasse und MFH Hinterfeldstrasse.

**Der Vorsitzende** stellt fest, dass Eintreten unbestritten ist.

**Roland Roth:** Die Stadt Laufen ist im Energiegeschäft tätig. Was bekommen wir zurück? Rentiert das?

**Stadträtin Sabine Asprion Stöcklin:** Wir erhalten ein immer dichteres Gasversorgungsnetz. Das ist ein Standortvorteil. Die GASAG ist nicht mehr steuerbefreit. Es werden künftig Dividenden ausbezahlt.

**Roland Roth:** Die GASAG bringt kein Geld. Wir subventionieren den Gasverbrauch. Ich stelle den Antrag auf Ablehnung.

**Stadträtin Sabine Asprion Stöcklin:** Das Ziel bei der Gründung war es den Einwohnern günstig Gas zur Verfügung stellen.

**Roland Roth:** Es sind Steuergelder und ich habe nichts davon. Es wird eine Gasfirma subventioniert.

**Stadträtin Sabine Asprion Stöcklin:** Es ist eine Gasfirma an der wir beteiligt sind und die wir mitgegründet haben.

**Der Vorsitzende:** Herr Roth, Sie haben den Antrag auf Ablehnung gestellt. Sie können den Antrag so nicht stellen. Sie können die Ablehnung empfehlen.

**Roland Mamie:** Welche Gemeinden ausser Laufen, Zwingen und Breitenbach sind noch an der Aktienkapitalerhöhung beteiligt? Wenn wir das Geld nicht einschiessen, macht das die EBM. Das bringt eine Verschiebung hin zur EBM und diese sackt den Gewinn ein. Die Gemeinden sollten die Mehrheit haben.

**Stadträtin Sabine Asprion Stöcklin:** Die kleineren Gemeinden machen nicht mit, das ist auch nicht tragisch. Es fallen CHF 130'000.00 auf die EBM, je CHF 65'000.00 auf Laufen und Breitenbach und CHF 40'000.00 auf Zwingen.

**Peter Jäckle:** Ich bin seit der Gründung der GASAG 1993 Verwaltungsrat. Die GASAG wurde gegründet um den Grundbesitzern günstig Gas zur Verfügung zu stellen. Es wurden bisher CHF 6 Mio. investiert, davon 3.5 Mio. in Laufen. Nach dem Hochwasser hat Laufen profitiert. Die Investition lohnt sich für Laufen, ob es direkt etwas abwirft oder nicht.

**Ralph Jordi:** Die grösste Investition ist die Leitung zum Feuerwehrmagazin. Ist das nur für das Feuerwehrmagazin?

**Stadträtin Sabine Asprien Stöcklin** Die Leitung ins Ried wird nicht für das Feuerwehrmagazin verlegt. Es liegen 8 Anfragen vor. Das Feuerwehrmagazin wird auch anschliessen.

**Der Vorsitzende** schliesst die Diskussion und kommt zur Abstimmung. Der Stadtrat stellt folgenden Antrag:

**Für die Aktienkapitalerhöhung der GASAG wird der Betrag von CHF 65'000.00 bewilligt.**

Wer dem Antrag des Stadtrates zustimmen will, soll das durch Handerheben bezeugen.

**Der Vorsitzende** stellt fest, dass der Antrag des Stadtrates mit grossen Mehr bei 3 Gegenstimmen angenommen worden ist.

## **Traktandum 8**

### **Weststrasse, Baukredit CHF 1'420'000.00**

**Stadträtin Lilli Kuonen Reber:** Sie zeigt anhand einer Folie, dass die Weststrasse in einem miserablen Zustand ist. Gemäss rechtkräftigem Strassennetzplan ist die Weststrasse eine Sammelstrasse. Wenn die Weststrasse erneuert wird, würde auch auf rund 220 Metern eine neue Wasserleitung und auf 290 Metern eine neue Kanalisation eingebaut. Die Kosten, CHF 190'000.00 für die Wasserleitung und CHF 130'000.00 für die Kanalisation, gehen zu Lasten der Spezialfinanzierungen.

Sie erläutert anhand der Folien die geplanten Arbeiten. Die Weststrasse wird vom Schützenweg bis zur Röschenzstrasse auf einer Länge von rund 400 Metern neu gebaut. Die Strasse bekommt neu ein Trottoir bergseitig, einen Koffer, eine Entwässerung, Randabschlüsse, einen Asphaltbelag und die Beleuchtung wird ergänzt. Die geplanten Kosten für den Strassenbau betragen CHF 1.1 Mio.

Nach Kreditgenehmigung erfolgt die öffentliche Planaufgabe im August 2014. Es folgen allfälliges Einspracheverfahren gegen Projekt und Perimeterbeiträge, der Landerwerb im Herbst 2014, die Submissionen im Winter 2014 und die Realisierung vom Frühling 2015 bis zum Frühling 2016. Nach Vorliegen der Bauabrechnung werden die definitiven Perimeterbeiträge im Herbst 2016 festgelegt. Die Kosten werden gemäss Strassenreglement der Stadt Laufen für den Neubau einer Sammelstrasse wie folgt verteilt: Landerwerb zu 100% Grundeigentümer, für die Baukosten: Anteil Stadt 40%, Anteil Grundeigentümer 60%. Die Kosten für die Stadt belaufen sich auf rund CHF 510'000.00.

**Der Vorsitzende** fragt ob Eintreten bestritten wird.

**Christine Scholer:** Ich bestreite Eintreten. Der Bau der Weststrasse basiert auf einem alten Strassenreglement. Es hat jetzt Landeigentümer mit unterschiedlichen Nutzungen. Das Strassenreglement kann den neuen Bedingungen nicht gerecht werden. Es entstehen Ungerechtigkeiten. Basierend auf dem alten Strassenreglement sollten keine neuen Strassen gebaut werden.

**Daniel Jeger:** Als Anstösser haben wir den Auftrag gegeben, andere Projekte zur prüfen, bspw. eine Etappierung, und das zur Abstimmung vorzulegen. Diesem Vorschlag wurde nicht statt gegeben. Ich finde das sollte auch gerechnet werden. Die Gemeindeversammlung hat das Recht das zu sehen. Darum bin ich auch gegen Eintreten.

**Stadträtin Lilli Kuonen Reber:** Das Strassenreglement wurde letztmals überarbeitet am 14. Juni 2012 und ist seit Dezember 2012 in Kraft. Ganz so alt ist es nicht.

**Christine Scholer:** Das Strassenreglement wurde formal angepasst, aber substantielle Änderungen zu einem modernen Strassenreglement wurden nicht vorgenommen.

**Stadträtin Lilli Kuonen Reber:** Es ist eine Strasse von 400 Metern. Wenn das etappiert wird, wird das 10 – 20% teurer.

**Daniel Jeger:** Die Grundeigentümer finanzieren den grössten Teil. Deshalb ist das gerechtfertigt.

**Ralph Jordi:** Man hat der Überbauung Kirchgarten zugestimmt. Das gibt eine höhere Nutzung und der Beitrag ist gleich hoch wie bspw. für ein 2-stöckiges Gebäude. Stimmt das?

**Stadträtin Lilli Kuonen Reber:** Das stimmt.

**Peter Jäckle:** Ich bin Mitglied der Perimeterkommission. Die Ungleichheiten der Zonen haben wir seit je. Wie haben unterschiedliche Zonen mit unterschiedlichen Werten. Damit die Überbauung Kirchgarten realisiert werden kann, mussten die Grundeigentümer ihren Beitrag leisten, wenn auch nicht finanziell. Das Musterreglement des Kantons sieht auch keine Differenzierung vor.

**Der Vorsitzende** kommt zur Abstimmung über das Eintreten:

**Der Vorsitzende** stellt fest, dass mit 51 zu 34 Stimmen auf das Geschäft eingetreten wird.

**Christoph König:** Werden zur Wasserleitung und zur Abwasserleitung noch Leerrohre eingebaut?

**Stadträtin Lilli Kuonen Reber:** Ich weiss es nicht, gehe aber davon aus. Ich werde dem nachgehen.

**Kurt Hirsch:** Gegen die Sanierung der Weststrasse kann man eigentlich nicht sein. Aber die Baukosten laufen aus dem Ruder. Gemäss erfahrenen Bauingenieuren sind die Kosten CHF 200'000.00 zu hoch. Für den Landerwerb für Landwirtschaftsland werden CHF 175.00 eingesetzt. Für solches Land zahlt man höchstens CHF 5.00. Das allein macht CHF 60'000.00 aus. Ich beantrage den Kredit um CHF 200'000.00 zu reduzieren und zwar von CHF 1.4 Mio. auf CHF 1.2 Mio.

**Der Vorsitzende:** Beantragen Sie eine Reduzierung um CHF 200'000.00 auf CHF 1.22 Mio.?

**Kurt Hirsch:** Ja

**Peter Jäckle:** Zum Landerwerb: Ich war im Gemeinderat, als wir genau einen solchen Fall durchgespielt haben. Das Enteignungsgericht hatte damals entschieden, dass der volle Baulandpreis bezahlt werden muss. Daher haben wir dies auch im vorliegenden Projekt so vorgesehen.

**Thomas Mottl:** Beim Anschluss in die Röschenzstrasse wurde auf der anderen Seite einen Streifen um 2 Meter zurückgesetzt. Ist das Teil des Projekts Weststrasse?

**Lilli Kuonen Reber:** Das hat der Kanton erworben und ist nicht Teil der Weststrasse.



**Kurt Hirsch:** Es geht mir nicht hauptsächlich um den Landerwerb. Der macht nicht so viel aus. Es geht mir um die übrigen Baukosten. Die Kosten sind massiv zu hoch. Erfahrene Bauingenieure sagen, dass die Strasse für CHF 900'000.00 gebaut werden kann. Deshalb beantrage ich die Reduktion um CHF 200'000.00.

**Lilli Kuonen Reber:** Wir bauen eine normale Sammelstrasse mit Trottoir und keine Luxusstrasse. Der Kreditbetrag ist ein Hochrechnung und nicht die Bauabrechnung.

**Der Vorsitzende** stellt fest, dass das Wort nicht mehr verlangt wird und kommt zur Abstimmung. Er lässt zuerst über den Antrag von K. Hirsch, den Betrag des Baukredits um CHF 200'000.00 auf CHF 1.22 Mio. zu reduzieren, abstimmen.

**Der Vorsitzende** stellt fest, dass der Antrag K. Hirsch mit 53 zu 30 Stimmen abgelehnt wurde.

**Der Vorsitzende** kommt zur Abstimmung über den Antrag des Stadtrates. Der Stadtrat stellt folgenden Antrag:

**Für den Neubau der Weststrasse inklusive Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung wird ein Kredit von CHF 1'420'000.00 bewilligt.**

Wer dem Antrag des Stadtrates zustimmen will, soll das durch Handerheben bezeugen.

**Der Vorsitzende** stellt fest, dass der Antrag des Stadtrates mit 66 zu 24 Stimmen angenommen worden ist.

Der Stadtrat stellt folgenden Antrag:

**Die Kosten für den Strassenbau werden wie folgt verteilt:**

**Baukosten: 40% zu Lasten der Stadt Laufen, 60% zu Lasten der beitragspflichtigen Grundeigentümer;**

**Landerwerbskosten: 100% zu Lasten der beitragspflichtigen Grundeigentümer.**

Wer dem Antrag des Stadtrates zustimmen will, soll das durch Handerheben bezeugen.

**Der Vorsitzende** stellt fest, dass der Antrag des Stadtrates mit 57 zu 17 Stimmen angenommen worden ist.

## **Traktandum 9**

### **Anträge**

**Franz Woodtli** stellt im Auftrag von "Die Beschwerde führenden Eltern" folgenden Antrag:

„Trotz Ausnahmeantrag der Schulleitung, sowie klarer Empfehlung des Schulrates zur Weiterführung von 3 Klassen, hat der Stadtrat entschieden, in den Schuljahren 2014/15 und 2015/16 in der 5. und 6. Primarschulstufe nur 2 Klassen zu führen, sprich per nächstem Schuljahr eine Klasse zu schliessen. Der Entscheid des Stadtrates scheint rein finanzpolitischer Natur zu sein. Ansonsten hätte die Empfehlung des Schulrates nicht übergangen werden können, da es sich bei den beiden Räten um gleichgestellte Behörden handelt, ausser eben in finanziellen Fragen. In seinem Entscheid, hat der Stadtrat im Rahmen des aktuellen Bildungsgesetzes gehandelt. Die maximalen Klassengrössen werden eingehalten, die Zahlen liegen aber über den Richtzahlen, welche für die Bildung neuer Klassen gelten. Mit dem Stadtratsentscheid kann eine Lehrerstelle von 80% über zwei Jahre eingespart werden. Es ist an dieser Stelle zu betonen, dass der Stadtrat durchaus die Befugnis hätte, drei Klassen zu bewilligen. Das Bildungsgesetz wird damit nicht verletzt!

Neben Einhaltung der gesetzlichen Grundlagen und Verwaltung des Finanzhaushaltes, hat der Stadtrat den Auftrag für das Wohl der Einwohner und seiner Angestellten (sprich Lehrer) zu sorgen.

Es handelt sich bei den betroffenen Kindern um den ersten Schuljahrgang, der von den Veränderungen durch HARMOS direkt betroffen ist. Diesbezüglich sind noch viele Unklarheiten vorhanden, die Lehrer erfahren durch zusätzliche Aus- und Weiterbildungen und Erneuerungen eine deutliche Mehrbelastung. Auch die Kinder werden durch die Veränderungen mehr gefordert werden und die Mehrbelastung der Lehrer deutlich zu spüren bekommen.

Aktuell sind mehrere Lehrpersonen krankgeschrieben. Dies schlägt sich auch auf die Rechnung der Stadt nieder und führt ebenfalls zu Mehrkosten (gemäss Wochenblatt vom 5. Juni 2014). Es ist ausserdem zu befürchten, dass in Laufen das Schliessen und Teilen von Primarschulklassen aus rein finanzpolitischen Gründen schon bald Usus sein wird. Bereits gibt es in den ersten drei Primarschulstufen Klassen, welche mit einer kleineren Schülerzahl geführt werden. Ihnen droht früher oder später das gleiche Schicksal wie der aktuellen 4. Primarstufe.

In Laufen herrscht unter Eltern eine grosse Verunsicherung, Unruhe und Unmut über die aktuelle Situation für Kinder. Der Pausenplatz des neuen Primarschulzentrums Serafin entspricht in den Augen vieler Eltern und auch Lehrpersonen nicht den Bedürfnissen von Kindern. Es verschwinden immer mehr Grün- und damit Spielflächen für Kinder.

Auch unter den Lehrern ist eine wachsende Unruhe und Unzufriedenheit spürbar.

Die Frage ist damit gerechtfertigt, ob die Stadt Laufen, welche sich mit dem Slogan „Stadt zum Läbe“ brüstet, unseren Kindern und damit unserer Zukunft, noch gerecht wird.

Es scheint unter diesen Umständen der absolut falsche Zeitpunkt zu sein, noch mehr auf dem Buckel unserer Kinder zu sparen und Klassen zusammen zu legen.

Wir beantragen deswegen:

Dass die Stadt Laufen Mittel für die Schuljahre 2014/15 und 2015/16 zur Verfügung stellt (eine 80% Lehrerstelle), damit die Jahrgänge 2003/04 (aktuelle 4. Klassen) wie bis anhin auch auf der 5. und 6. Schulstufe mit 3 Klassen weitergeführt werden können und damit den Empfehlungen von Schulleitung und Schulrat Folge leistet.

Da die Antragssteller aufgrund der Haltung des Stadtrates davon ausgehen müssen, dass die entsprechenden Mittel im ordentlichen Budget nicht vorhanden sind, beantragen wir zudem einen Nachtragskredit zur Finanzierung dieser Mittel.

Dieses Anliegen ist dringlich, da das neue Schuljahr bereits am 18. August anfängt.“

**Thomas Hofer:** Der Stadtrat hat das Gespräch geführt mit den Eltern und mit dem Schulrat. Der Stadtrat ist der Meinung es sei zumutbar, die Klassen zusammen zu legen. Die Klassengrößen entsprechen dem Bildungsgesetz.

**Franz Woodtli:** Ich erwarte, dass Sie den Antrag annehmen. Ich komme zurück auf die Krankheitsfälle der Lehrkräfte. Diese sagen nicht anderes aus, als dass die Lehrkräfte überfordert sind. Wenn Sie ein guter Arbeitgeber sein wollen, müssen Sie hinter den Lehrkräften stehen.

**Der Vorsitzende:** Der Stadtrat hat den Auftrag, den Antrag innerhalb der gesetzlichen Fristen zu bearbeiten.

**Roland Mamie:** Kultur und Sport dürfen etwas kosten. Es wird dafür viel Geld ausgegeben und auch wieder Geld eingefordert. Die Sportvereine, die die Hallen benutzen, müssen neu einen Beitrag bezahlen. In der Eishalle müssen hohe Beiträge bezahlt werden. Ich habe den Eindruck, dass da ad-hoc entschieden wird. Ich stelle Antrag, dass ein Konzept erstellt wird, wie die Beiträge erhoben werden und was unterstützt wird. Mein

Wunsch ist, dass die Sportvereine die Hallen gratis benützen können. Die Kultur sollte man auch unterstützen.

**Patrik Stähli:** Es ist nicht ungeplant. Wir haben uns an mehreren Sitzungen damit befasst. Es darf etwas verlangt werden, gerade für das Serafin. Der Beitrag ist aber nur ein Obulus. Ein Konzept kann erarbeitet werden. Das ist aber nicht einfach. Ich werde mich aber der Sache annehmen.

**Roland Roth** Wir haben 3 Kindergärten. Beim Serafin-Kindergarten hat es Steinplatten mit Stolperfallen und keine Spielgeräte. Ich stelle den Antrag im Pausenhof des Kindergartens Serafin Rollrasen auszulegen und Klettergerüste aufzustellen.

**Stadträtin Lilli Kuonen Reber:** Der Architekt wollte Rollrasen auslegen. Die Gartenbau-firmen haben massiv davon abgeraten, weil der Kindergartenpausenplatz auf den Garde-roben ist mit einer Humusschicht von nur 30 cm bedeckt ist. Da wächst der Rasen nicht richtig an und bei nassem Wetter hat es Matsch. Der Rasen zwischen den Platten wird bis in 2 Jahren gefestigt sein. Der Hang mit den neu gepflanzten Bäumen benötigt auch 2 Jahre zur Befestigung.

## Traktandum 10

### **Mitteilungen des Stadtrates**

**Der Vorsitzende** stellt fest, dass der Stadtrat keine Mitteilung zu machen hat.

## Traktandum 11

### **Verschiedenes**

**Rolf Stöcklin** macht beliebt, dass die Leute vermehrt zur Gemeindeversammlung kommen, auch dann wenn ein Reglement behandelt wird, von welchem sie im Moment nicht betroffen sind.

**Martin Tschan** dankt der Gemeindeversammlung im Namen der Stedtlibibliothek.

**Christoph König:** Ich habe noch eine Antwort zu gut betr. die Nutzung des Amthaus für die Musikschule.

**Stadträtin Lilli Kuonen Reber:** Wir können nicht über das Amthaus verfügen, es gehört dem Kanton. Dieser hat nicht die Idee das Amthaus der Musikschule zur Verfügung zu stellen, sondern im Amthaus Amtsstellen einzuquartieren oder dieses zu vermieten.

**Stadtrat Patrik Stähli** macht darauf aufmerksam, dass auf der Homepage der Stadt Laufen nachgesehen werden kann, ob das Schwimmbad bei schönem warmem Wetter länger offen ist.

**Monika Imhof Thomann:** Früher war das Bad bereits ab 08.00 Uhr offen. Ist da definitiv nicht mehr so?

**Stadtrat Patrik Stähli:** Wir müssen die Arbeitszeiten des Personals berücksichtigen und der Besuch am Morgen ist gering. Ich nehme es als Wunsch entgegen.

**Denis Cotti:** Wie lang dauert es, bis die Anträge der Eltern weiter behandelt werden?

**Der Vorsitzende:** Der Stadtrat hat ein halbes Jahr Zeit die Anträge zu behandeln. Er darf das Begehren nicht durch verzögern vereiteln.

**Denis Cotti:** Das ist hier der Fall

**Der Vorsitzende:** Nachtragskredite werden mit dem Budget behandelt.

**Franz Woodtli:** Ich gehe davon aus, dass der Stadtrat operativ eine gewisse Flexibilität an den Tag legen kann.

**Denis Cotti:** Heisst das, dass erst an der nächsten Gemeindeversammlung darüber geredet wird. Das ist nicht im Sinn der Eltern, die den Antrag gestellt haben.

**Der Vorsitzende:** An einer Gemeindeversammlung kann nur über Anträge abgestimmt, die traktandiert werden. Gemäss § 68 des Gemeindegesetzes hat der Stadtrat die Anträge entgegenzunehmen und er hat ein halbes Jahr Zeit, diese zu bearbeiten.

**Der Vorsitzende** stellt fest, dass keine Wortmeldung vorliegt. Er stellt fest, dass die rechtmässige Durchführung der Gemeindeversammlung nicht bestritten wird. Er dankt den Anwesenden und schliesst die Gemeindeversammlung um 23.15 Uhr.

4242 Laufen, 3. Juli 2014

**NAMENS DER GEMEINDEVERSAMMLUNG**

Vize-Präsident:

Protokollführer:

Dieter Jermann

Walter Ziltener, Stadtverwalter

